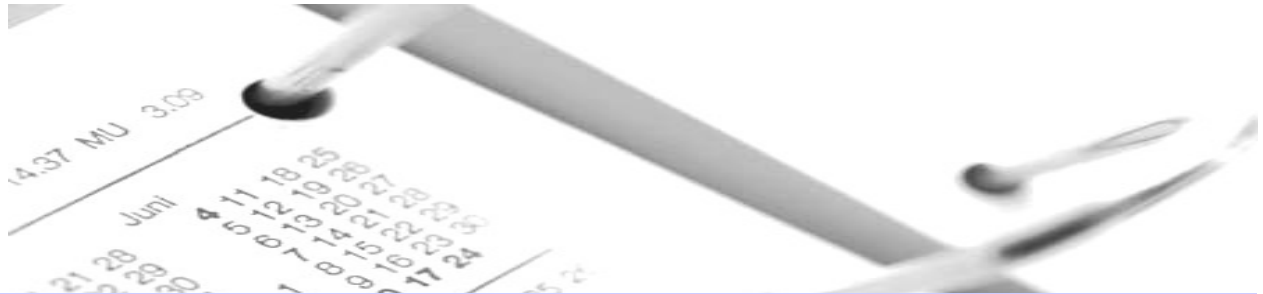


Tagung Bessere Rechtsetzung / Bürokratieabbau 22. bis 24. April 2009 im Bundesrat in Berlin

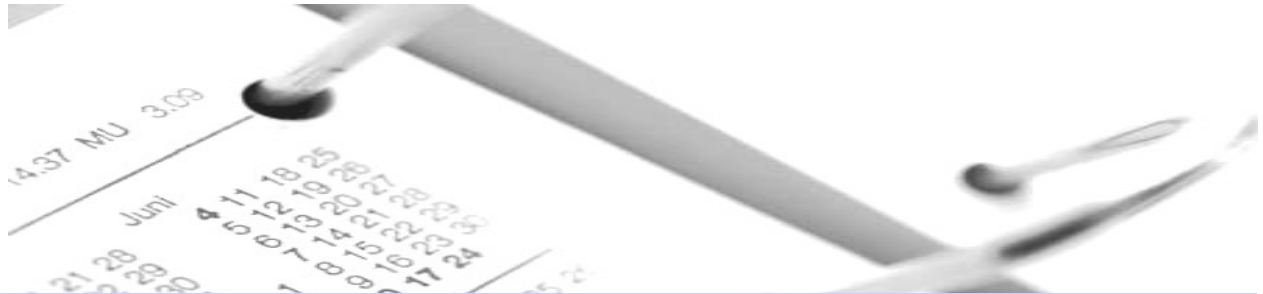
- I Darstellung der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung, AWV e. V.
(Dr. Ulrich Naujokat, AWV e. V.)**
- II „Bürokratieabbau gegenüber der Verwaltung“
(Dr. Petra Pfisterer, AWV e. V.)**

Dr. Petra Pfisterer, AWV e. V. Eschborn



Tagung Bessere Rechtsetzung / Bürokratieabbau 22. bis 24. April 2009 im Bundesrat in Berlin

- I Darstellung der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung, AWV e. V.
(Dr. Ulrich Naujokat, AWV e. V.)**

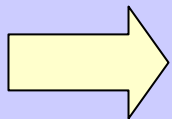


Gründung

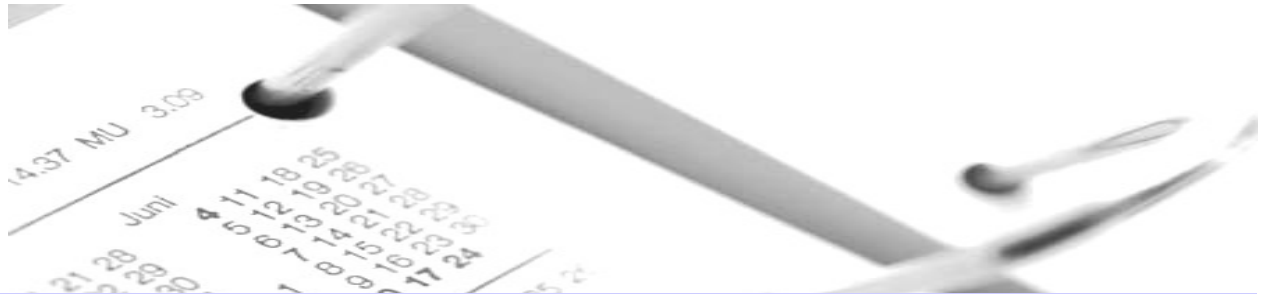
- Seit 1926 neutraler Partner von Wirtschaft und Verwaltung
- BMWi-Zuwendungsempfänger, gemeinnütziger Verein
- Vorstand aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft
- Über 200 Mitglieder (ca. 180 Unternehmen)
- Über 800 Experten aus Bund, Ländern, Kommunen, Drittem Sektor, Wirtschaft arbeiten ehrenamtlich in ca. 20 Arbeitskreisen und 20 Projektgruppen.

Arbeitsschwerpunkte

- Bürokratieabbau, Bescheinigungswesen, Wirtschaftliches Umfeld und Recht, Datenschutz, Datensicherung, Datenspeicherung
- E-Governmentprojekte ELENA, ELSTER, eSTATISTIK
- Mehrere SKM-Projekte, in 2008 Projekt zum Thema „Goldplating“ abgeschlossen.



Einbeziehung der Verwaltung ist Satzungsinhalt der AWW



Arbeitskreis 1.2 Bürokratieabbau (Wirtschaft)

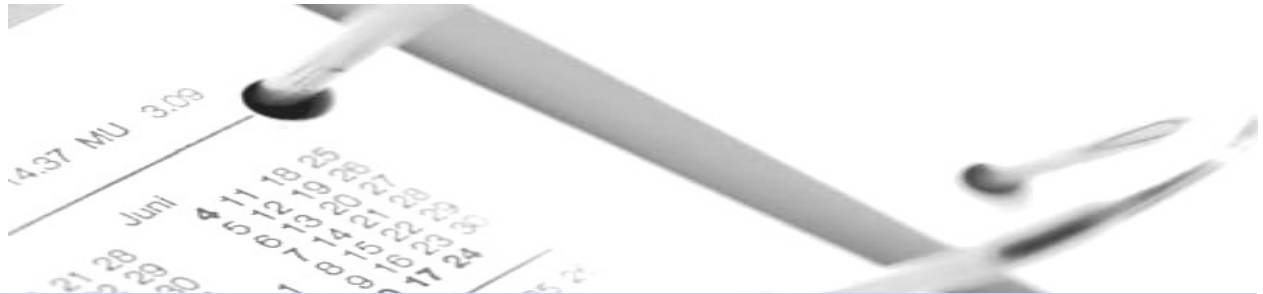
- Begleitung SKM-Messung Wirtschaft (Destatis)
- Kooperation mit Geschäftsstellen NKR / Staatssekretärsausschuss Bundeskanzleramt
- Beiträge zu MEG I-III und zu eGovernment-Projekten (ELENA, ELSTER), Expertise Personalkosten (SGB)

Arbeitskreis 1.3 Bürokratieentlastung der öffentlichen Verwaltung

- Inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Standardkosten-Modell
- Bürokratiekosten im Mehrebenenkontext
- Entlastungsansätze unterschiedlicher Verwaltungsebenen (Behördenruf 115, Shared Service Centers)
- Plattform für Austausch über Projektergebnisse und -vorhaben

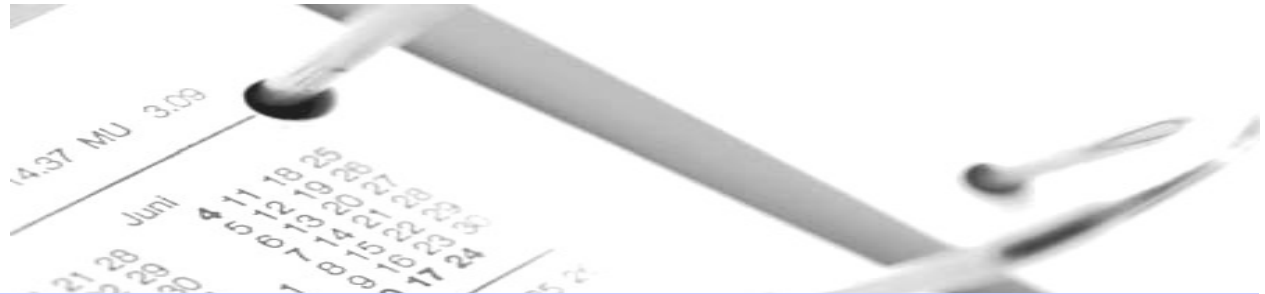
Arbeitskreis 1.6 Bürokratieentlastung Dritter Sektor / Ehrenamt

- Erarbeiten von Entlastungsansätzen
- Rechtsfragen zur Gemeinnützigkeit
- Vorstellung konkreter Projekte und Ansätze zur Entbürokratisierung



Tagung Bessere Rechtsetzung / Bürokratieabbau 22. bis 24. April 2009 im Bundesrat in Berlin

II „Bürokratieabbau gegenüber der Verwaltung“ (Dr. Petra Pfisterer, AWV e. V.)



Bürokratieabbau gegenüber der Verwaltung

- 1 Rahmenbedingungen:** Anbindung des Themas **Rechtsetzung an Bürokratieabbau gegenüber der Verwaltung**
- 2 Begriffliche Abgrenzung:** Was ist „Bürokratieabbau gegenüber der Verwaltung“?
- 3 Fallbeispiele:** Dargestellt anhand von Themenstellungen aus dem AWV-Arbeitskreis 1.3
- 4 Herausforderungen** bei der Entlastung der Verwaltung von Bürokratie

Zu 1 **Rahmenbedingungen:** Anbindung des Themas **Rechtsetzung** an **Bürokratieabbau gegenüber der Verwaltung**

- Politikwissenschaftliche Steuerungsdiskussion (ab 60erJahre)
- Politik- und verwaltungswissenschaftliche Implementationsforschung (60er/70er Jahre)
- Good Governance / Governance - Diskussion (ab 90er Jahre)
- Gesetzgebung / Gesetzgebungslehre im Verwaltungsbezug:
 - Rechtliche Vorgaben beeinflussen Effizienz des Verwaltungshandelns
 - Steuerung der Verwaltung - Programme
 - Regelungsdichte als Verhältnis von Rechtsanwendung zu Rechtsetzung

Zu 2 **Begriffliche Abgrenzung:** Was ist „Bürokratieabbau gegenüber der Verwaltung“?

- (1) **Ansatzpunkt Regierungsprogramm Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung, Kabinettsbeschluss vom 25. April 2006**
„Die Bundesregierung verpflichtet sich...., Bürokratiekosten.... [von Unternehmen, Bürgern und **Verwaltung**] messbar zu senken und neue Informationspflichten zu vermeiden.“
- (2) **Nationaler Normenkontrollrat - § 2 Abs. 1, S. 2 NKR-Gesetz:**
„...Informationspflichten sind aufgrund von Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung oder Verwaltungsvorschrift bestehende Verpflichtungen, Daten und sonstige Informationen für Behörden oder Dritte zu beschaffen, verfügbar zu halten oder zu übermitteln.“

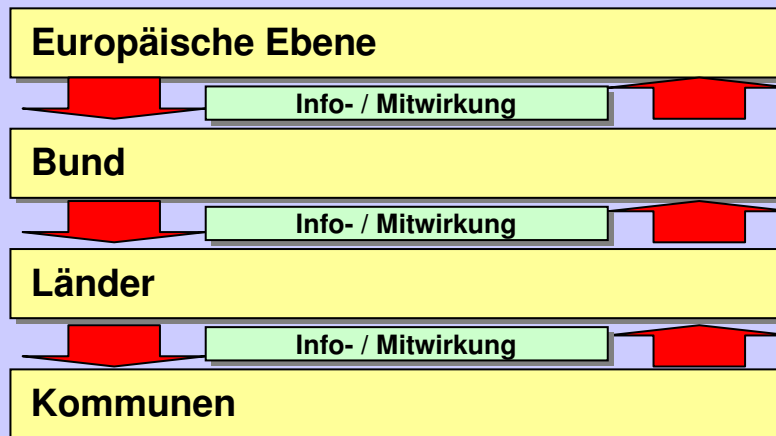
(3) Eingrenzung Bürokratiekosten der Verwaltung – Arbeitsdefinition (Schwarting / Pfisterer)

Im Rahmen zunächst **vorgegebener Aufgabenstellungen** und **Leistungsqualitäten** sowie eines **bestehenden Aufbaus von Verwaltungseinheiten** sind **Bürokratiekosten der Verwaltung**

„die für die Leistungserstellung im Rahmen vorgesehener Verfahren von einer anderen Stelle induzierte Aufwendungen, die sich in Geschäftsprozessen niederschlagen. Sie führen aufgrund einer personellen Inanspruchnahme zu kalkulierbaren Kosten, die in den Verwaltungen entstehen und die indirekt von Bürgern und Wirtschaft getragen werden müssen.“

Struktureller Bezugsrahmen

a.) vertikale Sichtweise



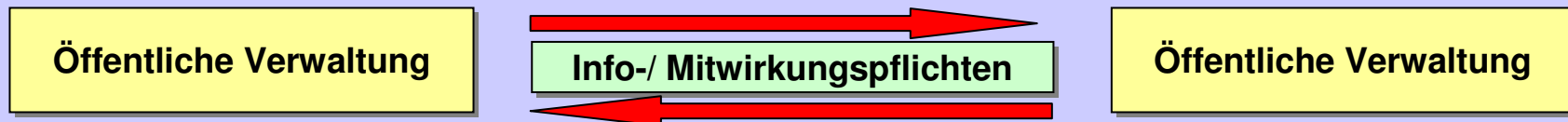
Ansatzpunkte

- Kompetenz- und Aufgabenstruktur
- Normenkaskade / Vollzugsstruktur
- Vollzugs- und Geschäftsprozesse

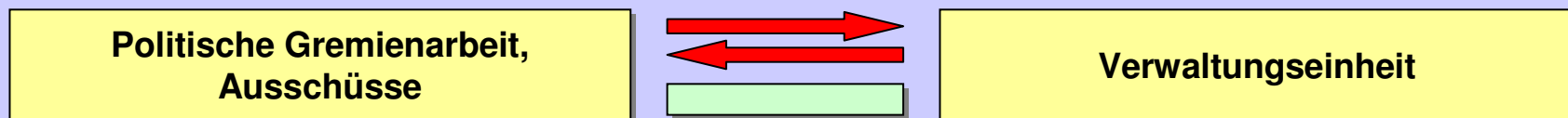
Ziele

- Verfahrensverbesserungen
- Partizipationsmöglichkeiten

b.) horizontale Sichtweise



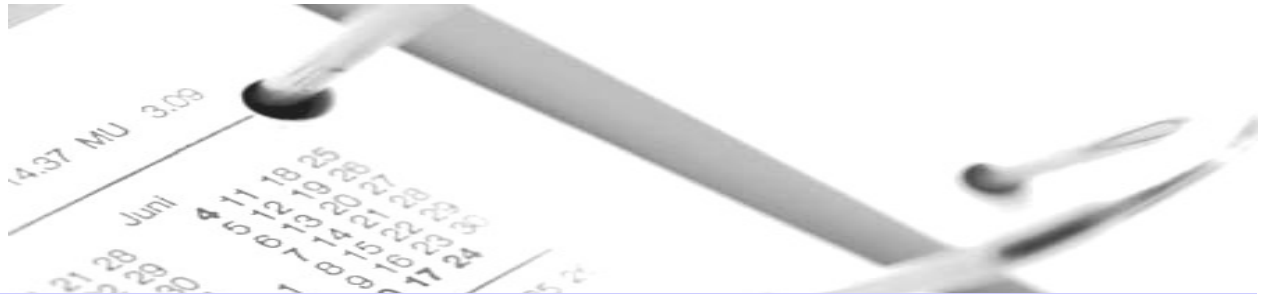
c) Binnenstrukturen



Zu 3 **Fallbeispiele:** Dargestellt anhand von Themenstellungen aus dem AWW-Arbeitskreis 1.3

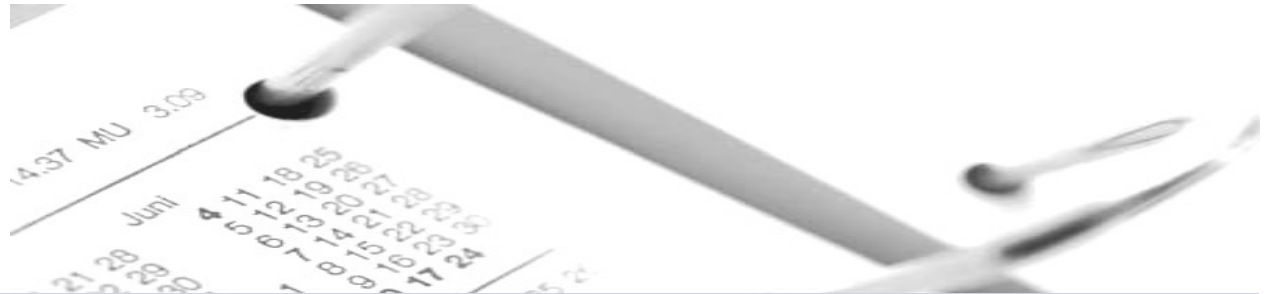
(1) **Austausch zu Projekten / Vorgehensweisen bei der Anwendung des Standardkosten-Modells**

1. Standardkosten-Modell: Projekt Stadt Bünde, Freiburg, Baden-Baden: Anwendung des Standardkosten-Modells auf kommunaler Ebene (Nationales Zentrum für Bürokratieabbau, FHM Bielefeld)
2. Standardkosten-Modell kommunal: Projekt Gewerbe- und Gaststättenrecht sowie Elternbeiträge (Nordwest Consult)
3. „Kosten der Prozesse öffentlicher Auftragsvergabe“ (Studie IfM / Rambøll Management) in ihrem Verwaltungsbezug
4. Vorgehensweise und Stand der Anwendung von SKM-Verwaltung in den Bundesressorts.



(2) Aufspüren von konkreten Entlastungspotentialen - Themen

1. Entlastungspotentiale durch die Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik – Diskutiert anhand eines Vortrages der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg
2. Entlastungspotentiale – Rolle des Bundesrechnungshofes / der Rechnungshöfe auf Landesebene bei der Ermittlung von Entlastungspotential, Rolle des Beauftragten für Wirtschaftlichkeit bei der Ermittlung von Entlastungspotentialen?
3. Entlastungspotentiale – Welche Rolle spielt die Interne Revision?
4. Flexible Organisationsstrukturen: Entlastungspotential auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen durch Shared Service Centers oder behördliche Kooperationsstrukturen?



(3) Methodische / Konzeptionelle Weiterentwicklungen

1. Anbindung von Gesetzesfolgenabschätzung an das Standardkosten-Modell (Diskussion in der Arbeitskreissitzung Januar 2009)
2. Gesetzgebungsforschung mit Verwaltungsbezug - Welche Folgerungen ergeben sich aus Studien wie „Wie gut sind deutsche Gesetze“ speziell für Verwaltungen unter Entbürokratisierungsgesichtspunkten?
3. Abgrenzungs- und Anwendungsfragen zum Standardkosten-Modell, die sich auch mit Blick auf Mehrebenenrelevanz ergeben und die vertiefend bearbeitet werden.

Zu 4 Herausforderungen bei der Entlastung der Verwaltung von Bürokratie

1. Wissenschaftliche Bezüge – Rechtliche Rahmenbedingungen

2. Verwaltungspraxis

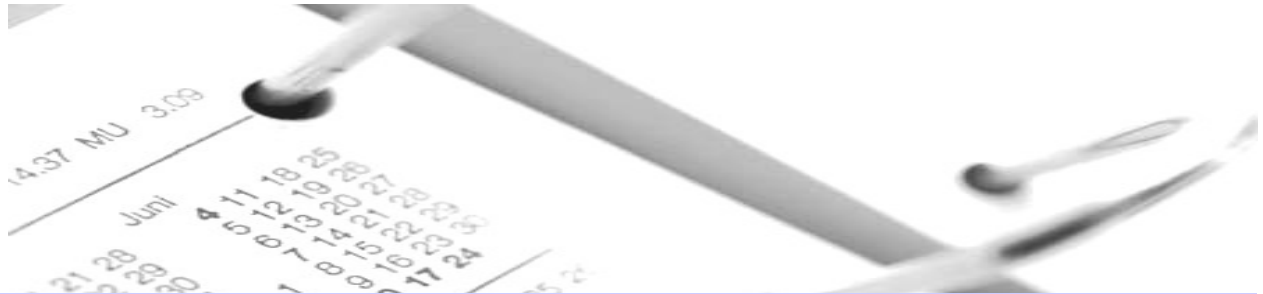
- Weitere methodische Entwicklungen zur Ermittlung von Entlastungspotentialen
- SKM als integriertes Gesamtkonzept, das sowohl Bürger als auch Wirtschafts- und Verwaltungsbezüge integriert
- Anbindung bzw. Nahtstellen zu weiteren Reformkonzepten schaffen, Einbindung in Gesamtkonzept Verwaltungsmodernisierung
- Umsetzung, monetäre Ergebnisse und „Fühlbarkeit“ von Entlastungsmaßnahmen für Verwaltung und Bürger
- Vermittlung innerhalb der Organisation und nach Außen, Schaffung von Transparenz.



Handlungs- und Gestaltungsspielräume gewinnen



Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontaktdaten

Dr. Petra Pfisterer

Pfisterer@awv-net.de

AWV e.V.

Düsseldorfer Straße 40

65760 Eschborn

06196-777 26 - 36